



t - Start-ups konkurrieren bei der Mitarbeitersuche mit internationalen Großkonzernen.

[Getty Images]

technologien, Ingenieure, aber auch Experten für Personal und Finanzen. Seit November suche man einen Web-Entwickler, und da sei die Situation in Österreich praktisch aussichtslos, sagt Lux. Nun habe man einige vielversprechende Bewerber, aber die kämen alle nicht aus Österreich, sondern aus Indien und Südamerika.

Das Verfahren für die Rot-Weiß-Rot-Karte sei von der Antragstellung bis zur Abwicklung kompliziert, sagt Lux: „Wir haben als kleine Firma, die schnell wächst, die Zeit und die Expertise dafür nicht.“ Für Start-ups ist es doppelt wichtig, dass sie Mitarbei-

ter rasch und unkompliziert holen können. Die Konkurrenz durch Großkonzerne, die ebenfalls international suchen, ist groß.

Deutsch ist nicht mehr Pflicht

Wer eine Rot-Weiß-Rot-Karte will, muss eine gewisse Punkteanzahl erreichen. Es zählen Ausbildung, Alter, Einkommen, Auszeichnungen, Sprachkenntnisse und das Alter. Um die Verfahren zu beschleunigen, wird die Karte reformiert. Das Gesetz soll nächste Woche den Nationalrat passieren. Es soll deutliche administrative Erleichterungen geben. Sprachzertifikate sollen länger gelten und Deutsch-

kenntnisse für Fachkräfte nicht mehr zwingend sein, wenn die Firmensprache Englisch ist. Spezialisten, etwa in der IT, ersparen sich künftig das lange Verfahren, wenn sie nur für ein Projekt kommen.

Die ABA hilft Bloom Diagnostics bei mehreren Anträgen im Jahr. Oft geht es um vermeintliche Kleinigkeiten: Etwa dass ein Fingerabdruck persönlich im Gastland abgegeben werden muss, um das Verfahren zu finalisieren. Vieles werde auf digital umgestellt, sagt Margit Kreuzhuber, bei der ABA Expertin für die Rot-Weiß-Rot-Karte. „Aber bis es bei den Unternehmen ankommt, dauert es.“

Rochade. Wer wird die Wettbewerbsbehörde leiten? Kandidat Nummer eins oder eine Frau?

Koalition streitet über Postenvergabe

VON HANNA KORDIK

Wien. Der Posten ist schon ziemlich lang vakant: Ende November hat der langjährige Chef der Bundeswettbewerbsbehörde, Theodor Thanner, seinen Rücktritt bekannt gegeben. Seitdem agiert seine Stellvertreterin, Natalie Hansdorf-Borsch, als Interimschefin - als Österreichs oberste Wettbewerbshüterin also. Am 5. Februar wurde der Posten neu ausgeschrieben, die Hearings sind längst über die Bühne gegangen, und trotzdem hakt es bei der Neubestellung ganz gewaltig. In der Koalition ist sogar ein ziemlich heftiger Streit darüber entbrannt.

Am Mittwoch hat das Wirtschaftsministerium einen Besetzungsvorschlag an den Ministerrat übermittelt, der ordentlich Streitpotenzial hat. Dies, obwohl Minister Martin Kocher sich nach Punkt und Beistrich an die Empfehlung einer unabhängigen Kommission hält. Die Kommission war noch unter Kochers Vorgängerin Margarete Schramböck eingesetzt worden - und das vierköpfige Gremium hat sich mehrheitlich für Michael Sachs als BWB-Chef ausgesprochen. Immerhin ist er aus den Hearings als Bestqualifizierter hervorgegangen.

Sachs ist Vizepräsident des Bundesverwaltungsgerichts, da-

vor war er viele Jahre lang Vorsitzender des Bundesvergabeamts. Er hat in seiner Bewertung 14 von 15 möglichen Punkten erhalten.

Die anderen Kandidaten

Die beiden anderen in die engere Wahl gezogenen Kandidaten - Interimschefin Natalie Hansdorf-Borsch und Wettbewerbsrechtsexperte Peter Thyri - haben jeweils 13 Punkte erreicht.

Und trotzdem beharren die Grünen darauf, einer Frau den Vortritt zu überlassen, diesfalls Hansdorf-Borsch. Auch weil sie mehr Erfahrung in der Bundeswettbewerbsbehörde vorzuweisen habe.

Eine knifflige Angelegenheit - aus diesem Grund hat die unabhängige Kommission auch einen Gleichbehandlungsbeauftragten hinzugezogen, der freilich die Empfehlung, Michael Sachs zu bestellen, als rechtens erachtet. Eben weil er als „höchst geeignet“ eingestuft worden sei.

Die Grünen wittern dennoch Postenschacher seitens der ÖVP und beharren auf Hansdorf-Borsch als BWB-Chefin. Die ÖVP wiederum fühlt sich vom Koalitionspartner „erpresst“ und will von Michael Sachs nicht abrücken.

Es wird jedenfalls spannend: Im Ministerrat muss für die Rochade Einstimmigkeit her.

Kompetenz in Nachfolgeplanung und Vermögensstrukturierung

Vermögenslösungen über Generationen

Anzeige

Komplexe Vermögens- und Familienverhältnisse lassen sich sehr gut über Stiftungen oder Trusts strukturieren. In Liechtenstein werden professionelle Lösungen auch über Fonds sinnvoll ergänzt.

Stiften ist immer dann ein Thema, wenn es darum geht, ein Lebenswerk zu bewahren und im Sinne des Stifters über Generationen hinweg für Erben und Begünstigte zu erhalten. Ob es sich um ein Vermögen, eine Sammlung oder ein Unternehmen handelt, eine Vermögensstrukturierung über Stiftungen oder Trusts sollte unbedingt berücksichtigt werden.

Vor allem eine Unternehmensstiftung, die Beteiligungen an Firmen hält, rückt immer mehr ins Zentrum des Interesses. Schließlich geht es in der Regel darum, dem Unternehmen seine Stellung, Werte und Unabhängigkeit zu sichern, Wachstum und Wertsteigerung zu unterstützen und gleichzeitig die Nachkommen des Stifters abzusichern und auf deren Bedürfnisse Rücksicht zu nehmen.

Rechtssicherheit und Stabilität

Mit der Errichtung einer Stiftung trennt sich der Stifter endgültig von Vermögenswerten und Beteiligungen. Umso wichtiger sind für ihn Rechtssicherheit sowie wirtschaftliche und politische Stabilität des Ortes, an dem seine Stiftung ihren Sitz hat. Schließlich soll das heute Geplante und Beschlossene auch in Zukunft Bestand haben.



Hier bietet sich das Fürstentum Liechtenstein mit seiner fast hundertjährigen Stiftungstradition als perfekte Lösung an. Stiftungen und Trusts basieren auf einer jahrelang erprobten gesetzlichen Grundlage. Das kleine Land ist politisch und demokratisch gefestigt, orientiert sich am sicheren und bewährten europäischen Rechtssystem und steht wirtschaftlich optimal da, was eine fehlende Staatsverschuldung und das höchstmögliche Triple-A-Rating Liechtensteins durch Standard & Poors schlagend beweisen. Auch die internationale Ausrichtung des Finanzplatzes und seine Einbettung in den europäischen Wirtschaftsraum bewähren sich insbesondere dann, wenn sich Familien- oder Firmengeflechte über mehrere Länder erstrecken.

Fonds eine Überlegung wert

Bei der Organisation von Privat- und Unternehmensvermögen bilden Fonds eine sehr nachhaltige, attraktive und

effiziente Strukturierungsalternative. Auch die Kombination von Stiftungen oder Trusts mit Fonds bietet dann große Vorteile, wenn man Wert auf flexible, regulierte und international anerkannte Investmentlösungen legt.

Fonds werden streng reguliert und beaufsichtigt und genügen daher höchsten internationalen Governance-Standards, ein wichtiges Asset angesichts sich rasch wandelnder regulatorischer und steuerlicher Vorgaben. Fonds können in alle gängigen Vermögensklassen investieren und auch Unternehmen, Immobilien oder Sachwerte beinhalten.

Effektiv sind Fonds in Liechtenstein von allen Steuern befreit. Es fallen weder Quellensteuer noch Mehrwertsteuer oder Taxe d'abonnement an. Dienstleistungen im Zusammenhang mit Fonds, wie beispielsweise die Vermögensverwaltung, sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen. Gründungs-, laufende Verwaltungs- und Aufsichtskosten sind in Liechtenstein im internationalen Vergleich überaus konkurrenzfähig. Denken in Generationen und damit verbunden innovative und nachhaltige Vermögensanlagen und -strukturen gehören seit jeher zu den Kompetenzen des Finanzplatzes Liechtenstein.

finance.li

